Abendausgabe

Nr. 556
B 275
44. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Donnerstag
24. November 1927

10 Pfennig

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 60 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Diktator Bratianu gestorben.

Die Dynastie Bratianu: Sein Bruder Nachfolger.

Bukarest, 24. November.

Ministerpräsident Bratianu ist heute morgen gegen 7 Uhr gestorben. Das Kabinett ist sofort zurückgetreten. Der Regentschaftsrat hat den Finanzminister Vintila Bratianu beauftragt, ein neues Kabinett zu bilden, das die gleiche Zusammensetzung wie das bisherige hat. Die Minister sind bereits vereidigt worden.

Der amtliche Krankheitsbericht.

Bukarest, 24. November.

Der Tod des Ministerpräsidenten Bratianu ist sehr überraschend gekommen. Nach einer Halsentzündung, der vorerst nicht allzu große Bedeutung beigemessen wurde, mußte sich Ministerpräsident Bratianu gestern vormittag einem kleinen operativen Eingriff unterziehen. Nach vorübergehender Besserung traten nachmittags Erstickungsanfälle auf, nach denen eine neuerliche Operation vorgenommen und eine Kanüle eingeführt wurde. Als die anschließende Blutanalyse das Vorhandensein von Streptokokken ergab, wurden sämtliche hervorragende Chirurgen der Stadt an das Krankenlager berufen, die nach einer Beratung den Zustand Bratianus als hoffnungslos bezeichneten. Das letzte mitternachts abgehaltene Aerztekonsilium gelangte zu der Ansicht, daß Bratianu kaum bis zum Morgen am Leben bleiben werde. **Sämtliche Minister hatten sich im Hause des Patienten, der bereits das Bewußtsein verloren hatte, eingefunden.** Ein im Hause des Patienten abgehaltener Ministerrat hat Beschlüsse für die restlose Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung gefaßt.

*

Joan J. C. Bratianu ist 63 Jahre alt geworden. Er ist der älteste Sohn Bratianus I., der von 1876 fast ohne Unterbrechung bis 1888 rumänischer Ministerpräsident gewesen war. Errang Rumänien unter der Herrschaft des Vaters Unabhängigkeit von der türkischen Herrschaft, so fällt in die Regierungszeit des Sohnes die Entstehung des Groß-Rumänien von heute.

Joan Bratianu war von Beruf Ingenieur. Er trat jedoch schon in jungen Jahren ins politische Leben und wurde mit 33 Jahren zum erstenmal Minister, 1908 zum erstenmal Ministerpräsident. Seit 1910 ist er unbestrittener Führer der Liberalen Großgrundbesitzerpartei. Unter seiner Herrschaft fiel Rumänien im Balkankrieg den von Serben und Griechen angegriffenen Bulgaren in den Rücken und zwang sie fast kampflos, die Dobrudscha abzutreten. Er zwang bei Ausbruch des Weltkrieges den König Carol, den Bündnisvertrag mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu brechen und neutral zu bleiben. Nach dem Tode Carols führte er Rumänien in den Krieg an die Seite der Alliierten. Seine Politik brach zunächst im Frieden von Bukarest, den er unterzeichnen mußte, zusammen. Als Anteil an der Siegesbeute der Alliierten erhielt Rumänien dann später Bessarabien, Siebenbürgen und einen Teil des Banat. Als es ihm auf der Versailler Friedenskonferenz nicht gelang, die Ansprüche Rumäniens auf den ganzen Banat durchzusetzen, sondern Südslawien einen Teil dieser früher ungarischen Provinz erhielt, weigerte er sich, den Friedensvertrag zu unterzeichnen und trat zurück. Die Agrarreform, die den Ausbruch der Agrarrevolution verhinderte und der Großgrundbesitzerklasse einen Teil der Herrschaft bewahrte, wurde gegen Bratianu durchgeführt. Seit 1922 ist Bratianu dann wieder fast ohne Unterbrechung ungekrönter Herrscher von Rumänien gewesen.

Bratianus Herrschaft schien auf die Dauer gesichert, als der sterbende König ihn im vergangenen Juni wieder zum Ministerpräsidenten berief und für den 5½jährigen Sohn des abgedankten Kronprinzen Carol ein Regentschaftsrat aus dem Prinzen Nikolaus, dem Patriarchen und dem Vorsitzenden des Kassationshofes eingesetzt wurde. Aber die heftige, nur mühsam unterdrückte Bewegung, die bei den neuesten Versuchen Carols entstand, wieder nach Rumänien zurückzukehren, konnte nur mit Gewaltmaßnahmen unterdrückt werden. Die Bauernpartei verzichtete nur unter äußerstem Zwang darauf, ihren Parteitag schon im November abzuhalten. Der Schnelligkeitsrekord, der in der Ernennung des jüngeren Bruders zum Ministerpräsidenten gezeigt wurde, beweist, daß die Dynastie Bratianu ihre Herrschaft für äußerst gefährdet hält.

Rechtsblock gegen Kleinrentner.

Die Kleinrentnerversorgung vertagt. — Enttäuschte Hoffnungen.

Nach wiederholter Verschiebung der Sitzung nahm heute endlich der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags Stellung zu dem demokratischen Gesetzentwurf über die Versorgung der Kleinrentner. Bei Beginn der Beratung gab Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns** namens der gesamten Reichsregierung eine Erklärung ab, die sich gegen den demokratischen Gesetzentwurf richtet und weiter besagt: „Die Frage, ob den Kleinrentnern ein rechtlicher Anspruch auf Rente gegeben werden kann, ist, abgesehen von ihrer grundsätzlichen Bedeutung, von so großer Tragweite für den Reichshaushalt und den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern, daß sie nur im engsten Zusammenhang mit dem Haushaltsplan und dem Finanzausgleich gelöst werden kann." **Die Regierung verlangt daher, den demokratischen Antrag zu vertagen.**

Für die Antragsteller übt der Abg. Dr. Külz an der Regierungserklärung sachliche Kritik. Er betonte, daß die sofortige Beratung des Entwurfes auch notwendig sei, wenn man die Entscheidung erst in Verbindung mit dem Haushaltsplan und dem Finanzausgleich treffen wolle. Es müsse mit dieser Beratung die sachliche Grundlage für die künftigen Entscheidungen geschaffen werden. Die Dringlichkeit ergebe sich aus der Tatsache, daß 75 Proz. der Rentner sich zwischen dem 60. und 65. Lebensjahr befinden.

Der Volksparteiler Dr. **Pfeffer** erklärte, seine Partei sei von der Regierungserklärung aufs schwerste enttäuscht. Die Denkschrift, die im Frühjahr gefordert worden sei, liege noch nicht vor, obgleich Zeit dafür gewesen wäre. Aber man solle jetzt die Angelegenheit nicht übereilen. Darum stimme seine Partei der Vertagung zu.

Der deutschnationale Abg. Dr. Schneider führte einen würdelosen Eiertanz auf zur Verschleierung des Mißbrauchs, den seine Partei zu Agitationszwecken mit den Kleinrentnern bisher betrieben hat. Grundsätzlich stimme sie dem demokratischen Antrag zu, der ein soziales Korrektiv der unzureichenden Aufwertung sei. Aber es handle sich um ein sehr schwieriges Problem. Darum stimme auch seine Partei der Vertagung zu, und sie erblicke in der Erklärung der Regierung einen wesentlichen Fortschritt.

Abg. **Keil** (Soz.) stellte hierauf das bisherige agitatorische Treiben der Deutschnationalen im einzelnen dar. Genau wie bei der Aufwertung, so hätten die Deutschnationalen auch in der Frage der Kleinrentnerfürsorge

fortdauernd Hoffnungen erweckt, ohne an deren Erfüllung zu denken.

In Zeitungsaufsätzen und in Versammlungsreden wiesen sie auf ihren eigenen Initiativgesetzentwurf zur Rentnerversorgung hin, der nach den Feststellungen des Vorsitzenden vom Reichstag, und zwar mit Zustimmung der Deutschnationalen, bereits für erledigt erklärt worden sei. Die Abg. Frau Müller-Otfried habe in der „Kreuz-Zeitung" erklärt, daß die Schuld für die Verzögerung der Angelegenheit nicht bei den Deutschnationalen oder der Deutschen Volkspartei, sondern bei den „anderen Koalitionsparteien" und beim Reichsarbeitsministerium liege. Da sei es nun wichtig zu wissen, ob die heutige Regierungserklärung auf einstimmigen Beschluß beruhe, oder ob die Vertreter der „enttäuschten" Parteien widersprochen hätten. Wenn aber die deutschnationalen und volksparteilichen Minister wirklich widersprochen hätten, so sei es wiederum ein Rätsel, wie die Erklärung zustandegekommen sei.

Genosse Keil erkannte die Schwierigkeiten des Problemes an und verwies darauf, daß die Sozialdemokratie einen Antrag zur Beschaffung der notwendigen Mittel gestellt habe, der aber auch bei den Regierungsparteien keine Gnade gefunden habe. Er bedauerte ferner, daß von dem 25-Millionen-Betrag, der im letzten Etat für die Kleinrentner eingestellt wurde, ein Teil noch nicht verwendet sei, und erklärte zum Schluß, daß die Sozialdemokratie der Vertagung nicht zustimme, sondern zur Vorbereitung der bei der Etatsberatung zu treffenden Entscheidung die sofortige sachliche Erörterung des Gesetzentwurfes verlange. In demselben Sinne sprach die Abg. Frau Arendsee.

Die polemische Auseinandersetzung zwischen den Regierungsparteien und der Opposition dauerte noch längere Zeit fort. Genosse **Hoch** erinnerte daran, daß die Regierung bereits erklärt habe, im vorliegenden Etat seien weitere Ausgaben nicht unterzubringen. Damit stehe fest, daß bei der Vertagung nichts herauskomme. **Die Regierung denke auch nicht daran, entsprechend dem Wunsche des deutschnationalen Redners bis zur Etatsberatung eine eigene Vorlage einzubringen.**

Dieses Ergebnis stehe in schärfstem Widerspruch zu den Versprechungen, die erst vor kurzem in einer Rentnerversammlung in Berlin von Vertretern der Regierungsparteien gemacht worden seien.

Die Rentner seien in der Erwartung nach Hause gegangen, daß die Frage schon gelöst sei.

Mit scharf zugespitzten Wendungen wandte sich die Zentrumsabgeordnete **Teusch** gegen die einseitige Stellungnahme der Deutschnationalen in der Oeffentlichkeit und wies die Vorwürfe zurück, die von den deutschnationalen Koalitionsfreunden gegen das Zentrum gerichtet werden. Als die deutschnationale Abg. Müller-Otfried behauptete, zwischen ihr und Frau Teusch bestünde kein Gegensatz, erwiderte Frau **Teusch**: Sie habe aus Gründen des Taktes über den Artikel der deutschnationalen Kollegin in der „Kreuz-Zeitung" von Frau zu Frau nicht sprechen wollen. Genosse Keil nagelte noch einmal mit aller Schärfe die deutschnationale Demagogie fest, die Anträge im Reichstag einbringe, die nur als Schaugericht dienen und falsche Hoffnungen erwecken. Gegenüber der Mitteilung des Ministerialdirektors Ritter, daß von den 25 Millionen noch 11 Millionen zur Verfügung stünden, die nunmehr als zweite Ausschüttung den Kleinrentnern zufließen sollten, stellten unsere Vertreter fest, daß damit

den Kleinrentnern kein Pfennig mehr zukomme, als im April beschlossen

worden sei. Auf die Frage des Genossen Keil, ob die Regierung gemäß den „Erwartungen" des Abg. Dr. Schneider bis zur Etatsberatung eine eigene Vorlage einbringen werde, erklärte der Ministerialdirektor, er sei nicht ermächtigt, eine solche Zusage zu geben.

Darauf beschloß der Ausschuß mit allen Stimmen der Regierungsparteien gegen die der Sozialdemokratie, der Demokraten und der Kommunisten, die Beratung auszusetzen bis zur Beratung des Reichshaushalts.

Hilfe für die Zigarrenarbeiter.

Beschluß des Bundesausschusses des ADGB.

Der Bundesausschuß des ADGB. hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, die Bundeshilfe für die ausgesperrten Tabakarbeiter einzusetzen.

Xylander prophezeit Revolution!

Unverschämte Ausfälle gegen Volk und Reich.

München, 24. November. (Eigenbericht.)

Unter der Vormundschaft der Deutschnationalen hatten die Vaterländischen Verbände Münchens am Mittwoch abend, um wieder einmal von sich reden zu machen, eine Kundgebung veranstaltet, zu der sie sich den österreichischen Faschistengeneral Kraus als Redner verschrieben hatten. Zum Entsetzen der zahlreich anwesenden führenden Mitglieder der Bayerischen Volkspartei legte dieser General aber nicht nur gegen das internationale Judentum und die Sozialdemokratie, sondern nicht weniger scharf auch gegen den internationalen Klerikalismus und den von ihm hervorgerufenen Partikularismus los und bezeichnete beide als gleichgroße Schädlinge des deutschen Volkes. In drohenden Zwischenrufen machten die verblüfften Volksparteiler ihrem Unmut Luft. Auf ihr stürmisches Verlangen hin dankte der deutschnationale Versammlungsleiter zwar dem österreichischen Gaste, mußte ihm aber gleichzeitig mit süßsaurer Miene zu verstehen geben, daß seine Ausführungen in wesentlichen Teilen nicht von allen Teilnehmern gebilligt würden. Die Sache hatte dann noch ein kleines Nachspiel. Die Bayerische Volkspartei läßt offiziell erklären, daß ihre Anhänger es sich überlegen werden, weiterhin Versammlungen der Vaterländischen Verbände beizuwohnen, in denen sie der Gefahr ausgesetzt seien, beleidigt zu werden.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete aber ein Referat des bekannten Obersten von Xylander, der ehemals in der Deutschnationalen Partei Bayerns eine führende Rolle spielte. Er griff u. a. den Reichskanzler scharf an und erklärte darauf: Einen Krieg können wir nicht führen. Wir können es nicht mit dem deutschen Volke, so wie es sich mir als Gesamtheit darstellt: moralisch verkommen und sittlich verlaust. Der Krieg ist weit, nahe aber die Revolution! Wenn es not tut, schlagt drein, daß die Fetzen fliegen. Bayern hat noch immer eine große Aufgabe. Unser Schlachtruf heißt: Gegen das Reich!

Schacht dementiert. Auf unsere Mitteilungen über eine Besprechung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht mit führenden Persönlichkeiten der Industrie, die sich auf die Kreditpolitik der Gemeinden und öffentlichen Werke bezogen haben sollen, teilt die Reichsbank mit: Der Präsident sowie der Vizepräsident des Reichsbankdirektorium hätten auf Einladung der J. G.-Farben unlängst an einer Besichtigung der Leunaer Werke teilgenommen. Alle an diese Besichtigung geknüpften Vermutungen seien leere Kombinationen.

Schwere Tumulte im Unterhaus.

Vier Arbeiterparteiler ausgeschlossen.

London, 24. November.

Im Unterhaus spielten sich gestern abend bei der Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erregte Szenen ab. Der Arbeitsminister brachte eine Entschließung auf Schluß der Debatte über § 3 des Gesetzes ein, nachdem drei Stunden darüber debattiert worden war. Hiergegen protestierte lebhaft Maxton, Vorsitzender der Unabhängigen Arbeiterpartei, und beschuldigte den stellvertretenden Sprecher unfairer Haltung. Da er sich weigerte, sich zu entschuldigen, wurde er mit 262 gegen 131 Stimmen unter lärmenden Kundgebungen der Opposition von der Sitzung ausgeschlossen. Infolge weiterer Lärmszenen wurde sodann Buchanan mit 274 gegen 106 Stimmen gleichfalls ausgeschlossen. Im Verlaufe weiterer Tumulte wurden zwei weitere Mitglieder der Arbeiterpartei Wallhead und McLean von der Sitzung ausgeschlossen.

Anlaß — oder vielmehr Vorwand — zu dem Ausschluß von Maxton war seine Charakterisierung des Abwürgungsantrages des stellvertretenden Sprechers (Vizepräsidenten) als „verdammt ungerecht". Nun war es Baldwin selbst, der als Ministerpräsident beantragte, Maxton auszuschließen. Es ist unverständlich, wie ein Premierminister eine so rigorose Maßnahme wie den Ausschluß eines Abgeordneten wegen einer relativ harmlosen Bemerkung beantragen konnte. Daher ist die Erregung begreiflich, die sich der Arbeiteropposition bemächtigt hat und die zu drei weiteren Ausschlüssen führte.

Der Vorfall gibt zu einer grundsätzlichen Bemerkung Anlaß: die Regierung Baldwin benimmt sich, als stünde die überwältigende Mehrheit des Volkes hinter ihr. In Wirklichkeit verdankt sie ihre erdrückende Zweidrittelmehrheit im Unterhaus nur dem grotesken englischen Wahlmodus, denn die Konservativen haben in Wirklichkeit bei den letzten Wahlen nicht einmal 50 Proz. der Stimmen erhalten.

Das war im Oktober 1924. Seitdem haben aber die Konservativen gründlich abgewirtschaftet. Alle Neuwahlen beweisen den zum Teil katastrophalen Stimmenrückgang der Regierungspartei. Noch verfügt sie zwar über zwei Drittel der Sitze, aber es dürfte heute kaum mehr als ein Drittel der Wähler im Lande hinter ihr stehen. Die Regierung weiß es, scheut Neuwahlen und versucht die Lebensdauer des Parlaments, das längst auflösungsreif ist, mit allen Mitteln zu verlängern. Sie mißbraucht das Uebergewicht ihrer Mandate, um die Opposition im Parlament zu vergewaltigen, sowohl in großen Fragen (Antigewerkschaftsgesetz, Nichterörterung der Krise im Bergbau, Erweiterung der Vorrechte des Oberhauses usw.), wie auch in kleinlichen Dingen, wie beim Ausschluß von vier Abgeordneten der Arbeiterpartei in der vergangenen Nacht.

Das ist im höchsten Grade unfair und schlägt den demokratischen Traditionen, auf die die Engländer ohne Unterschied der Partei bisher so stolz waren, ins Gesicht. Mag indessen Baldwin die Generalabrechnung immer noch hinauszuschieben versuchen, die Stunde, wo er vor den Wählern Rechenschaft wird ablegen müssen, wird doch schlagen. Je später sie kommt, desto gründlicher wird das britische Volk das Großreinemachen besorgen. Genau so wie in Deutschland, wo auch der Bürgerblock mit einem kleinen Uebergewicht an Mandaten regiert, das längst nicht mehr der Stimmenverteilung im Lande entspricht, wie die letzten Teilwahlen beweisen. Auch hier arbeitet indessen die Zeit für uns.

Rußlands Halbmillionenheer.

Die ersten amtlichen Angaben!

Moskau, 24. November.

Anläßlich der Erklärung des englischen Kriegsministers Worthington Evans über die Stärke der Roten Armee und die militärischen Ausgaben der Sowjetunion wird von maßgebender Seite erklärt: Die Angaben Worthington Evans entstellen den wahren Sachverhalt. Die Stärke der Roten Armee einschließlich des gesamten Personalbestandes der Marine und der Luftflotte beträgt 562000 Mann. Die militärischen Ausgaben der Sowjetunion betrugen im Jahre 1924/1925 420 Millionen Rubel, im Jahre 1926/1927 634 Millionen Rubel. Das Militärbudget für 1926/1927 betrug nur 40 Proz. von den militärischen Ausgaben der zaristischen Regierung im Jahre 1913.

Dagegen sind die militärischen Ausgaben Englands von 880 Millionen Goldrubel im Jahre 1913 auf 1115 Millionen Rubel im Jahre 1926 gestiegen. In die von Evans für die englischen militärischen Ausgaben genannte Ziffer von 41 Millionen Pfund Sterling sind riesige Ausgaben für die Marine und die Luftflotte, sowie manche andere militärische Ausgaben nicht mit einbegriffen.

Bei Erhöhung des gesamten Staatsbudgets der Sowjetunion für 1924/1925 um 26,5 Proz. ist das Militärbudget um 10 Proz. gestiegen. Im Jahre 1926/1927 ist das gesamte Staatsbudget der Sowjetunion um 29,7 Proz. gestiegen, während das Militärbudget um 17 Proz. gewachsen ist. Der Anteil des Militärbudgets am gesamten Staatshaushalt der Sowjetunion von 14 Proz. für 1924 bis 1925 ist für 1926/1927 auf 12,7 Proz. zurückgegangen. Dagegen verausgaben die Nachbarn der Sowjetunion für militärische Zwecke zirka 20 bis 35 Proz. des Staatshaushaltes.

Der Bürgerblock wird redselig.

Wenn es sich um höhere Beamten handelt!

Der Ausschuß für den Reichshaushalt setzte in der Sitzung vom Donnerstag seine Beratung über die Besoldungsreform bei Gruppe 4 fort. Vorher fanden die zurückgestellten Abstimmungen über die zu den Gruppen 5 bis 8 eingegangenen Anträge statt. Diese Abstimmungen hatten dasselbe Ergebnis wie bisher.

Alle Oppositionsanträge wurden abgelehnt, selbst solche, deren Berechtigung von den Regierungsparteien in der Diskussion anerkannt wurde.

Nur die von den Regierungsparteien vorgeschlagenen Aenderungen wurden zum Beschluß erhoben.

Gruppe 4 umfaßt Obersekretäre, Postmeister, Oberpostsekretäre, Lotsen, Seekapitäne, Erste Steuermänner, Vorsteher der Remonteämter, Bibliotheksobersekretäre, Obergrundmesser, Ministerialkanzleivorsteher, Konsulatssekretäre bei den Auslandsbehörden, Regierungsoberinspektoren, technische Oberinspektoren und viele andere Kategorien. Die Gehaltssätze reichen von 2800 bis 5700 M.

Die Beratung kam nicht vom Fleck und beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Stellung der sogenannten „sondergeprüften Sekretäre". Für die Haltung der Regierungsparteien zur ganzen Besoldungsreform ist es kennzeichnend, daß das von ihnen früher bei den unteren und untersten Gruppen geübte untätige Verhalten und Schweigen mehr und mehr ins Gegenteil umschlägt, je höher die Gruppen ansteigen, die in Beratung genommen werden.

Schulbuben als Scharfschützen.

Folgen völkischer Erziehung.

Schwerin, 24. November. (Eigenbericht.)

Die Schulverwaltung von Mecklenburg-Schwerin beschäftigte sich mit aufsehenerregenden Zuständen, die sich an einer Schweriner Mittelschule ergeben haben. Kürzlich fiel hier in den Schulräumen ein Pistolenschuß. Eine Untersuchung ergab, daß vier Schüler im Besitz von Flobert-Pistolen waren, mit denen sie allerlei Unfug machten. Die Erregung wuchs, als man hörte, daß sogar ein Schüler durch einen Pistolenschuß verwundet worden war. Es trifft allerdings nicht zu, was von anderer Seite gemeldet wurde, daß dieser bedauerliche Vorfall sich in den Schulräumen abgespielt hat. Vielmehr ereignete sich das Unglück im Laden eines Waffenhändlers, wo einer der Jungen eine Pistole kaufen wollte und bei einer ungeschickten Hantierung den Mitschüler erschoß, der mit zum Einkauf gegangen war.

Zwar hat der Rektor der Schule, der völkischer Gesinnung ist, sofort nach Bekanntwerden dieser Vorfälle eine Lehrerkonferenz abgehalten und die notwendigen Maßnahmen eingeleitet. Bezeichnend für den Geist, der an dieser Schule herrscht, sind die Vorgänge trotzdem. Unreife Burschen, die noch die Schulbank drücken, bewaffnen sich mit Pistolen, um entsprechend den Heldenlehren ihres Rektors sich im Schießen auszubilden. Wenn auch diese Schießübungen entgegen anderen Meldungen nicht in der Schule und nicht unter Leitung des Rektors stattgefunden haben, zeigt sich doch hier deutlich die Frucht von Lehrmethoden, die noch immer im Sinne militaristischer Ideen ausgeübt werden und auf die heranwachsende Jugend vergiftend wirken. Es ist zu hoffen, daß das Mecklenburger Ministerium hier einmal gründlich durchgreift.

Antwort auf eine Anfrage.

Um den Polizeipräsidenten von Krefeld.

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Bord hatte kürzlich über den kommissarischen Polizeipräsidenten von Krefeld, den Zentrumsmann Elfes, Beschwerde geführt. Elfes hatte sich erlaubt, in einer Textilarbeiterversammlung zu erklären, die Arbeiterschaft würde in ihrem Lohnkampf von der Polizei nicht gehindert werden. Gerade die Polizei, die den intimen Zusammenhang zwischen Not und Verbrechen kennt, müsse wünschen, daß das Bestreben der Gewerkschaften nach Besserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft erfolgreich sei. Der deutschnationale Abgeordnete verlangte daraufhin, daß Elfes „wegen einseitiger Parteinahme" für die Interessen der Arbeiter zur Verantwortung gezogen werde.

Die preußische Regierung hat daraufhin die gebührende Antwort erteilt. Soeben wird gemeldet, daß der kommissarische Polizeipräsident Elfes nun endgültig für dieses Amt ernannt wurde.

Wahrscheinlich werden die Deutschnationalen mit dieser Antwort zufrieden sein. Im Notfalle ist für weitere Anfragen hoffentlich im Landtag noch ausreichend Papier vorhanden.

Die Kosten des Schulgesetzes.

In Baden allein 18,7 Millionen Sachaufwand, außerdem jährlich 6,22 Millionen Mark.

Karlsruhe, 23. November. (Eigenbericht.)

Das Organ des badischen Lehrervereins, die „Badische Schulzeitung", veröffentlicht in seiner jüngsten Ausgabe eine eingehende Berechnung über die Kosten des Reichsschulgesetzes für Baden. Nach dieser Darstellung wären in Landgemeinden 580 neue Lehrerstellen, in Gemeinden über 10 000 Einwohner 285 Lehrerstellen, wozu noch 43 Hilfslehrerstellen kommen, insgesamt 908 Lehrerstellen neu zu errichten. Die heute im Staatsvoranschlag vorgesehene Stellenzahl von rund 6700 würde um 13,6 Proz. überschritten werden. Der einmalige sachliche Aufwand würde sich deshalb auf 18,7 Millionen belaufen. Darin sind die Kosten für die Errichtung neuer Lehrsäle, die Ausstattung der Schulräume inbegriffen.

Der laufende Aufwand an Ausgaben wird in der Berechnung allein für Baden auf 6,22 Millionen jährlich beziffert.

Ohne Paßvisum nach England.

Chamberlain kündigt ein Abkommen mit Deutschland an.

London, 24. November. (Eigenbericht.)

Im Unterhaus kündigte der Außenminister Chamberlain an, daß demnächst zwischen Deutschland und England ein Uebereinkommen zur Abschaffung der Einreisevisen zustande kommen werde.

Konzert-Rundschau.

Von Klaus Pringsheim.

Es gibt nicht nur vielzuviel Konzerte in Berlin; es gibt auch — traurigere Feststellung — zuviel gute Konzerte; nämlich zu wenig Publikum, sie zu füllen. Die Menge der „seriösen" Musikliebhaber, die hier als Besucher in Betracht kommen, steht in einem wahrhaft erschreckenden Mißverhältnis zur Bevölkerung der Millionenstadt. Soll die Krise des Konzertlebens überwunden werden, so tut Verbreiterung seiner sozialen Basis dringend not. Und dies ist der Punkt, von dem aus das Interesse des traditionellen — das heißt des bürgerlichen — Musiklebens in jene Bezirke vorstoßen muß, von denen es bisher streng geschieden war: die Bezirke der städtischen Arbeiterschaft. Es gilt, neue Märkte zu erobern — oder eigentlich: zu schaffen; die Mühe lohnt, das Kapital zu heben, das in der unverbrauchten Musikempfänglichkeit des nördlichen, östlichen und südöstlichen Berlin verborgen ist.

Die Verhältnisse sind alles in allem im Umkreis der Arbeiterkonzerte grundsätzlich besser geordnet als in der bürgerlichen Musikwelt. (Noch und schon besser geordnet.) Hier ist kein quantitatives Mißverhältnis zwischen Konsum und Produktion. Hier stellt die Gemeinschaft der Musikausübenden und ihrer Hörerschaft von vornherein eine vollkommene gesellschaftliche Einheit her, derengleichen in unseren herkömmlichen Zufallskonzerten mit ihrer bunten Zufallsbesucherschaft allzu oft zu vermissen ist. Und hier besteht zwischen dem Gebotenen und der Bereitwilligkeit der Empfangenden kein Mißverhältnis. So erfreuliche Beobachtungen bestätigte jüngst ein Konzert des Männergesangvereins „Ramenlos", der damit seinem Namen solche Ehre machte, daß er ihn wahrhaftig nicht länger mehr verdiente. Unter den im Arbeiter-Sängerbund organisierten Verbänden mit seinen 220 Mitgliedern einer der stärksten und gewiß einer der besten. Bemerkenswert die Qualität der Stimmen; weit bemerkenswerter die hohe Stufe chorischer Leistungsfähigkeit. Er darf sich an schwierige Dinge, wie Regars „Totenvolk" wagen, und bringt Kunststücke, wie Mozarts Trink-Kanon, daß es ein reines Vergnügen ist, zuzuhören. Man spürt, nicht zuletzt in der mustergültigen Textbehandlung, den Erfolg gründlichster Probenarbeit; man spürt — und merkt nach wenigen Takten —, daß der Dirigent im besten Sinne ein guter Musiker ist: Georg Oskar Schumann, Träger eines verpflichtenden Musikernamens, und als Sohn des unvergleichlichen Solohornisten der Philharmonie, Oskar Schumann, sozusagen in musikalischer Höhenluft aufgewachsen. Sein Beispiel zeigt einmal mehr, was gerade für die Entwicklung des Arbeiter-Chorwesens fachmännische Führung bedeutet.

Der Saalbau Friedrichshain war bis auf den letzten Platz von einem Publikum gleichgestimmter Hörer besetzt, kein alltäglicher Eindruck im Berliner Musikleben. Ein ähnliches Bild der Harmonie, unter anderen Voraussetzungen freilich, bot die Singakademie im ersten Abonnementskonzert Heinrich Grünfelds, der dem seltenen Jubiläum seiner fünfzigsten Berliner Konzertsaison entgegengehen darf. Wer, wie dieser Künstler, in unermüdlicher Musikfreudigkeit ein halbes Jahrhundert hindurch seinen Platz im Konzertleben ehrenvoll behauptet, der hat seinen bleibenden Platz in der Konzertgeschichte errungen. Dennoch, das Verhältnis zur Musik ist unherzlicher geworden, man merkt es an anderen Abenden; merkt es im Publikum und, noch mehr, in der heutigen Komponistengeneration. Unter allen je vorkommenden Künstlertypen ist keiner so unzeitgemäß geworden, wie der — in seinen kleinen Beispielen rührende, in seinen größten ergreifende — Typ des redlichen Träumers, der sich am eigenen Talent begeistert und, von solcher Begeisterung entflammt, Werk auf Werk häuft, unentwegt und unverdrossen, ohne viel nach Erfolg, gar nach Gewinn zu fragen. Paul Ertel, von dem es neulich einen ganzen Abend Musik zu hören gab, ist wohl sein Leben lang ein Künstler solcher Art gewesen, und das ist es denn, was diesem Abend einen fast tragischen Unterton von Gegenwartsfremdheit gab.

Viel gute Musik konnte man hören im Laufe einer einzigen Woche. Da haben sich Max Baldner, der Cellist, und der Pianist Dr. B. Ernst Wolff, zwei ausgezeichnete Musiker, zu einem Bach-Brahms-Abend zusammengetan. Man konnte nicht ernster, gewissenhafter musizieren; da ist Konrad Ansorge, dessen letzter Beethoven immer wieder ein Erlebnis ist; da ist, mit einem reichen, schön gestuften Beethoven-Programm, ein jüngerer Meister des Klaviers, Leonid Kreutzer, dem zur großen Berühmtheit nur die Inszenierung fehlt. Zwei Tage zuvor hat er, der vielseitige Musiker, mit den Philharmonikern den Geiger Boris Kroyt begleitet, dessen Hoffnungen (und die, die wir auf ihn gesetzt) sich mehr und mehr erfüllen. Da ist Alma Moodie. Und da ist vor allem Paul Bender, der gefeierte Bassist der Münchener Oper, als Liedersänger eine der edelsten Figuren des deutschen Konzertpodiums. Das Musikalische wie das Technische versteht sich bei solchem Künstler von selbst; das Unikum von Stimme, die er hat, ist seine Voraussetzung. Wie er aber, als Individualität zwischen breiter Biederkeit und faszinierender Anmut schillernd, Hugo Wolf, den unsagbar oft Gesungenen, uns ganz nahe bringt (mit dem unübertrefflichen Michael Raucheisen am Flügel), das ist von durchaus einziger Art.

Große Kunst, doch durch Zusammenstellung und ein wenig durch die Form der Darbietung ins Sensationelle umgebogen, gibt es bei Oskar Fried in der Philharmonie: Für Beethovens Neunte und Strawinskys „Sacre du printemps" setzt er die letzten Reserven seines wie je ungestümen Temperamentes ein. Doch bei der mittäglichen Voraufführung, am Totensonntag allerdings, ist das Haus nur halb gefüllt. Indes Fried hier, nach Strawinsky, sich anschickt, die immerhin angenehmeren Töne Beethovens anzustimmen, begibt sich, fünf Minuten weiter, im Bechsteinsaal — keine Sensation, doch ein Sensatiönchen: vier junge Leute russo-polnischer Herkunft, sitzen an ebenso vielen Flügeln und exekutieren etwas, was klingt wie eine Strawinsky-Parodie, aber es ist eine Rhapsodie von Jerzy Fitelberg, übrigens dem Erben eines guten Musikernamens. Als gekonntere Strawinsky-Kopie erweist sich Erich Walter Sternbergs „Geschichte von Goliath und David": das war die eine Uraufführung, die es, noch zuletzt, gestern abend in der Philharmonie gab; die andere: „Vom Tod im Wald", Ballade von Kurt Weill; ein Gedicht von Bert Brecht, der einen neuen Ton des volkstümlich Balladesken gefunden hat, liegt zugrunde. Weills Komposition ist ein pöbelhafter Unfug. Gewiß, auch diese Musik, oder dieser Musiker, der mit höhnisch-roher Geste allem „bürgerlich-gebildeten" Musikertum den Rücken zukehrt (nennen wirs, mild andeutend, den Rücken), täuscht den Versuch vor, im Musikalischen etwas wie einen Ton neuer Volkstümlichkeit zu schaffen. Er täuscht es vor, doch wie? Volkston ist nicht Kaschemmenton, und dumme Gemeinheit, nur weil sie den Bürger in Harnisch bringt, nicht Ausdruck proletarischen Geistes. Diese Sorte Musik, wir kennen mehr davon, ist eine freche Beleidigung des Volkes, zu dem der Bürgerverächter und Bürgerschreck Kurt Weill sich gnädig-ungebeten herabbemüht.

Ehm Welk liest vor.

Ehm Welk las auf Einladung der Volksbühne aus seinen Werken. Der Dichter, dessen „Gewitter über Gottland" im vorigen Winter ein Gewitter der Meinungen entfesselt hat, ist einer der wahrhaft Gläubigen dieser Zeit, die aus dem Grauen und Elend der Vergangenheit zu den Höhen freien Menschentums emporstreben. Obwohl Journalist von Beruf, hindert ihn der Tageslärm der bürgerlichen Presse nicht, das Unwahre in den Lobhudeleien der Gegenwart zu erkennen. Ein Kapitel aus seinem unveröffentlichten Buch „Ich sah Amerika" zeigt das Gegenteil dessen, was heute über das gelobte Land geoffenbart wird. Das Schiff, das ihn über den Ozean trägt, ist in seinem Innern bereits ein Abbild des ganzen Jammers einer zur Viehherde entwürdigten Menschheit, die neben dem unsinnigsten Luxus einer scheinheiligen, innerlich verworfenen Kaste ihr Dasein dahinschleppt. Da wird ein Sarg unter Zeremonien auf Deck geladen, der sich hinterher als ein Warenlager geschmuggelter Schnäpse offenbart. Da wird ein armer „blinder Passagier" brutal mißhandelt, während der Kapitän eine Festrede bei schäumendem Champagner auf das Land der Freiheit und Menschlichkeit hält.

Was er darauf von der Vergangenheit in seiner Kriegsvision „Grand mit Bieren" schilderte, das war der Aufschrei eines vor Leid und Erbarmen im Innersten aufgewühlten Miterlebenden. Der himmlische Staat, der da oben in der Gegenwart Gottes gespielt wird, während das Millionenheer der Krüppel und Toten, der von der Unzucht Besessenen, der Wucherer, kriegsbegeisterten Journalisten, schneidigen Feldprediger, der weinenden Bräute und Witwen vorbeizieht, das ist ein Bild von apokalyptischer Schrecklichkeit. Ein Zeitdichter ist Welk, aber einer, der sich nicht in trunkenen Phrasen eines heute so wohlfeilen Ideologentums ergeht.

P. G.

Gegen das Attentat auf die Schule.

Kundgebung des Bundes Entschiedener Schulreformer.

Eine vom Bund Entschiedener Schulreformer einberufene öffentliche Versammlung im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses wurde zu einem scharfen Protest gegen den Keudellschen Schulgesetzentwurf. Redner aller Parteien, die zum ernsten Kampf gegen den verhängnisvollen Gesetzentwurf bereit sind, sprachen zu den Versammelten und kennzeichneten die der Schule drohende Gefahr.

Genosse Paul Oestreich, der Versammlungsleiter, hob hervor, daß die geschaffene Notsituation eine gemeinsame Abwehrfront erfordert. Reichstagsabgeordneter Genosse Fleißner wies auf die erfreuliche Bewegung gegen den Gesetzentwurf hin, die vom einfachen Mann aus dem Volke bis in die Reihen der Hochschullehrer hineingeht. Er beleuchtete die zweifelhafte Stellungnahme der Deutschen Volkspartei und die führende Rolle, die das Zentrum unter den Freunden des Gesetzes hat. Er wies hin auf die hohe politische Bedeutung dieses Gesetzes und auf die Pflicht, bei Wahlen den Einfluß linksgerichteter Parteien zu stärken. Für ein einigermaßen fortgeschrittenes Schulwesen, wie z. B. dasjenige Sachsens, bedeutet die von dem Gesetz ausgehende Verschlechterung einen katastrophalen Rückschritt. Dieser Gesetzentwurf muß, schloß Fleißner, verschwinden. Reichstagsabgeordneter Genosse Schreck beklagte, daß breite Schichten aller Volksklassen in dem Ringen mit materieller Not den kulturellen Notstand übersehen haben. Sonst hätte es nicht zu diesem Angriff gegen die freie Schule kommen können, den wir jetzt erleben. Ein Treubruch des Zentrums sei der Versuch, durch andere Auslegung der Verfassung das Recht der Gemeinschaftsschule zu schmälern. Daß die drohende Umgestaltung der Schule auch bedeutende Kosten verursacht, zeigte Helmut von Gerlach. Besonders drückend werden für die Stadt Berlin die Kosten dieser Verschlechterung und Verkrüppelung ihrer Volksschulen sein. Elende Pfuscharbeit nannte er den Gesetzentwurf. Vom Standpunkt der Elternschaft betrachtete Frau Gertrud Bodin diesen Entwurf, der zu der Zerstörung der Schule auch die konfessionelle Zersplitterung des Volksganzen bringen will. Reichstagsabgeordnete Genossin Clara Bohm-Schuch mahnte in eindringlichen Worten zur Abwehr des antikulturellen Schlages, zu dem die Reaktion mit diesem Gesetz ausholt. Gegen solche ungeheuerliche Verknechtung sei das deutsche Volk machtlos, solange die Gleichgültigkeit besonders der Frauen in Fragen der Politik fortdauert. In weiten Kreisen wisse und ahne man noch gar nicht, welche Folgen für die Schule zu erwarten sind. Wer es ernst meint mit unserem Volk, müsse diesen Gesetzentwurf aufschärfste bekämpfen. Lehrer Hermann Kölling forderte zur Verhütung solcher Gesetze eine völlige Sinnesänderung breiter Massen des Volkes. Der Massenkampf des Proletariats wird, führte der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schneller aus, auch über das Schicksal der Schule entscheiden. Als Vertreter derjenigen evangelischen Geistlichen, die sich dem Kampf gegen Keudells Schulgesetzentwurf anschließen, sprach Pfarrer Genosse Francke. Der endlich erreichten Trennung von Kirche und Staat müsse die Trennung von Kirche und Schule folgen, und die Kirche selber sollte die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule fordern und diesen Unterricht als ihre eigene Sache ansehen. Den deutschen Lehrern machte Reichstagsabgeordnete Genossin Toni Pfülf den Vorwurf, daß sie sich um das kommende Unheil nicht beizeiten gekümmert haben. In drohender Nähe sei die Gefahr der Ausdehnung des bayerischen Konkordats auch auf Preußen und andere deutsche Staaten. Paul Oestreichs Schlußwort war eine Mahnung zur Einigkeit und Ausdauer im Kampf für die Freiheit der Schule.

Die folgende von Oestreich vorgelegte Entschließung wurde nahezu einstimmig angenommen:

„Die vom Bund Entschiedener Schulreformer einberufene öffentliche Versammlung fordert vom Deutschen Reichstag, daß er den vorliegenden verfassungändernden Reichsschulgesetzentwurf als Ganzes ablehnt, da durch ihn 1. die ganze Schulerziehung durch die konfessionelle dogmatische Fundierung zur Unkindlichkeit und Unsachlichkeit verurteilt wird, 2. die Lehrer und der Unterricht unter indirekte Kirchenaufsicht gebracht und also korrumpiert werden, 3. die finanziellen Mittel von Reich, Ländern und Gemeinden infolge der Schulzersplitterung sinnlos vergeudet werden, 4. das Schulwesen in einer Epoche völliger Umstellung und Neugestaltung in Formen der Erstarrung gezwungen werden soll, 5. die deutschen Schulen in ihrer großen Mehrzahl zu Rekrutierungsstätten für die klerikalen und reaktionären Parteien gestempelt werden. Die Versammlung verlangt ein Reichsschulgesetz, das von den Bedürfnissen der Jugend und des Volkes statt von denen der Kirche und reaktionären Parteien ausgeht und also dem Volke die eine, elastische und produktive Lebensschule der Jugend beschert."

Auch vereinzelte Freunde des Keudellschen Schulrückschrittes ließen sich in der Versammlung blicken. Es gelang ihnen nicht, die Kundgebung zu stören.

Die Zunahme der Infektionskrankheiten

Vorsicht geboten – doch keine übertriebene Furcht!

Die beunruhigende Mehrung von Infektionskrankheiten in Berlin wird vom Hauptgesundheitsamt der Stadt mit Aufmerksamkeit und Sorge verfolgt. Es darf aber, wie in einer vom Hauptgesundheitsamt veranstalteten Besprechung mit Vertretern der Presse der Abteilungsdirektor Dr. Seligmann ausführte, nicht übersehen werden, daß alljährlich im Herbst manche Infektionskrankheiten eine größere Verbreitung erlangen.

Scharlach und Diphtherie sind die Krankheiten, bei deren Zunahme größte Vorsicht geboten ist. Die Scharlacherkrankungen sind jetzt ungefähr ebenso zahlreich wie im Vorjahr. Die Schwere der Erkrankungen ist geringer, doch kann sich das plötzlich ändern. Diphtherie hat sich gemehrt, aber von einer Epidemie kann man noch nicht reden. Die Vorsichtsmaßregel, bei Erkrankung eines Schulkindes sogleich die ganze Klasse nach Hause zu schicken, darf nicht ein Anlaß zu übertriebener Beunruhigung sein. Klassenschließung gilt übrigens dem Gesundheitsamt keineswegs als ausreichendes Abwehrmittel. Für viel wichtiger gilt es, die sofort ausgeführte Durchuntersuchung der Kinder und der Lehrer, wobei innerhalb vierundzwanzig Stunden festgestellt werden kann, was angesteckt ist und andere anstecken kann. Mancher erkrankt vielleicht nicht selber, aber er streut die Ansteckungskeime aus und bringt anderen die Erkrankung. Diese „Bazillenträger" werden vom Unterricht ausgeschlossen und dürfen erst wieder an ihm teilnehmen, wenn sie frei von Ansteckungskeimen sind. Es ist dringend zu wünschen, daß die Eltern den Vorbeugungsmaßregeln des Gesundheitsamtes und der Schulverwaltung volles Verständnis entgegenbringen und den Kampf gegen Infektionskrankheiten erleichtern.

In der Besprechung wurde auch die Frage aufgeworfen, ob in den Krankenhäusern alle Vorkehrungen zur Aufnahme von Kranken getroffen sind. Sanitätsrat Dr. Frank, der Direktor des Rettungswesens der Stadt, erwiderte, daß es leider immer noch nicht genug Krankenbetten in Berlin gibt. Er fügte aber hinzu, daß die Stadtverwaltung dauernd die allergrößten Anstrengungen macht, dem Mangel abzuhelfen.

Eile tut not!

Gegen Verschleppung des Kriegsschädenschlußgesetzes.

Die Arbeitsgemeinschaft der Interessenvertretungen für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden veranstaltete gestern abend in der „Neuen Welt" eine Kundgebung gegen die Verschleppung der Verabschiedung des Kriegsschädenschlußgesetzes. Die Versammlung war überfüllt, und wiederholt kam es zu tumultarischen Szenen. Einleitend führte der Vorsitzende, Geheimrat von Tilly, aus, daß die Kriegsgeschädigten bis zum äußersten entschlossen seien, ihre berechtigten Forderungen an das Reich durchzusetzen. Scharfe Worte richtete er gegen die Reichsregierung und vor allem gegen den Reichsfinanzminister Dr. Koehler und zitierte demgegenüber die Breslauer Worte des Reichstagspräsidenten Löbe. Die Vorschläge der Reichsregierung, so fuhr der Redner fort, sind für uns unannehmbar. Kommen sie durch, so werden wir den Kampf fortsetzen. Eins aber ist sicher: Eile tut not! Das Hauptreferat des Abends hatte Professor Dr. Bonn übernommen. Die Forderungen der Kriegsgeschädigten seien Forderungen der Gerechtigkeit. Ihre Verwirklichung sei anzustreben durch ein Auskämmen des Budgets, die Hand sei zu legen auf alle Restchen, Näpfchen und Töpfchen, die nicht verbraucht seien. Haushaltsbereinigung sei heute keine technische Frage, sondern eine Frage nationaler Ehre und nationalen Wohlstandes. Die Reparation nach innen aus Artikel 297 des Versailler Vertrages sei ebenso integrierender Bestandteil des Volkes wie die Reparation nach außen; das erkenne auch Parker Gilbert an.

Sodann sprachen Redner aus den verschiedenen Parteien. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird der tiefsten Empörung über die Verschleppung der Vorlage zum Kriegsschädenschlußgesetz Ausdruck gegeben. Die Verzögerungstaktik der Reichsregierung habe zu unerträglichem Elend bei den Geschädigten geführt. Unverzüglich müsse nunmehr die Vorlage dem Reichstag zugeleitet und unter allen Umständen noch vor einer Auflösung des Reichstags erledigt werden.

„Der Günstling der Zarin" im Zentraltheater. Fünf Jahre nach ihrer Uraufführung wirkt diese Operette noch völlig unverstaubt. Robert Winterbergs Musik, die sich über einem guten Textbuch aufbaut, hat nichts von ihrem Klang verloren. Hier ist wirkliche musikalische Empfindung, hier leben Melodien, die nicht nur aus ein paar durch alle Lagen gehetzten Tönen bestehen. Winterberg besitzt die große, melodische Linie und ist daneben ein Komponist, der das Orchester virtuos zu behandeln versteht, der prachtvolle Finales und Ensembleszenen aufzubauen weiß, ein Mann, der neben Lehár und Künnecke die Wiener Operettentradition im besten Sinne fortsetzt. Er dirigiert selbst die Aufführung in dem von ihm geleiteten Zentraltheater, das sich bestimmt, wenn man in diesem Sinne weiterarbeitet, zu der führenden Operettenbühne Berlins entwickeln wird. Es entsteht eine Aufführung, die in regietechnischer, gesanglicher und orchestraler Beziehung von künstlerischem Niveau ist. Winterberg zeigt sich hier als ein Regisseur von Format. Er stellt nicht nur ausgezeichnet abgetönte Bühnenbilder, er verzichtet auch auf die übliche Schablone der Darstellung. Seine Sänger versuchen zu gestalten. Hermann Wolder ist der auf Tenor frisierte Potemkin, knapp und prägnant in der Bewegung und mit einer Stimme begabt, die über Kultur, kühlen Glanz und über eine sieghafte Höhe verfügt. Marcelle Roeseler, die Katharina, Operndiva in der Operette, Kaiserin und Rokokodame, glänzt mit vorbildlicher Stimmtechnik besonders in den Uebergängen zum Piano. Die Sophie singt Lori Leux mit ihrem dunklen, samtenen Sopran, am besten als anschmiegende Frau, weniger glaubhaft in der heroischen Geste. F. S.

Das Jubiläum Robert Philipps. Nachdem der 75. Geburtstag Robert Philipps, der seit 1890 unserer Staatsoper angehört, bereits im engeren Rahmen seiner Kollegen und auch im Deutschen Bühnenklub gefeiert worden war, wurde dem Jubilar zu Ehren gestern abend im Staatlichen Schauspielhaus „Die Fledermaus" gegeben. Der Jubilar sang und spielte frisch und lebendig den Eisenstein. Die Aufführung war eine einzige Festfeier, Kränze schmückten das Zimmer Eisensteins, Anspielungen auf den Jubilar belebten den Dialog; das Publikum, das das Haus bis zum letzten Platz füllte, nahm lebhaftesten Anteil und rief den Gefeierten immer wieder. Robert Philipp hat also in Berlin eine wirkliche Gemeinde, die treu zu ihm hält und traditionelle Beziehungen aufrecht erhält. Er ist ja auch beinahe ein Berliner; wenn er auch in Offenbach geboren ist, so wuchs er doch in der Kronenstraße auf und begann auch in Berlin seine Bühnenlaufbahn am Walhalla-Theater. Nach längerer Tätigkeit in der Provinz und im Auslande kehrte er immer wieder nach Berlin zurück und erwarb sich früh einen Ruf als Sänger und Schauspieler an den damaligen volkstümlichen Berliner Operettentheatern, bis er dann ins Hoftheater überging. Die „Fledermaus"-Aufführung, an der die besten Kräfte unserer Oper unter der Leitung Leo Blechs mitwirkten, war von wahrer Spielfreude aller Mitwirkenden erfüllt und so auch in doppeltem Sinne eine Geburtstagsfeier. r.

Die Weihnachtsausstellung der Deutschen Kunstgemeinschaft im Berliner Schloß ist vom 25. November an geöffnet (wochentags von 9–19, Sonntags von 11–18 Uhr). Sie bietet zahlreiche wertvolle Originalkunstwerke aller Art zu durchschnittlich sehr mäßigen Preisen. Der Eintritt ist frei.

Der Mädchenmord bei Dresden.

Ermordete und Mörder sind in Berlin gewesen.

In einer Strohmiete in Dippelsdorf bei Dresden wurde, wie seinerzeit mitgeteilt, am 17. November ein junges Mädchen erwürgt und erschossen aufgefunden. Die Ermordete ist jetzt festgestellt als eine 20 Jahre alte aus Bautzen gebürtige Helene Schönberg, die bis vor kurzem in ihrer Heimatstadt als Hausmädchen und Verkäuferin tätig war. Die Dresdner Kriminalpolizei ermittelte, daß Helene Schönberg zusammen mit einem Kuhmelker Kurt Walter Dietrich Bautzen verlassen hat.

Die Eltern des Mädchens meldeten die Tochter als vermißt, und so kam man zur Feststellung der Persönlichkeit der Ermordeten, die sich angeblich mit Dietrich verlobt hatte. Weil gewisse Spuren nach Berlin wiesen, wurden hier Nachforschungen angestellt, die ergaben, daß Dietrich am Nachmittag des 8. d. M. mit seiner Begleiterin, die er für seine Frau ausgab, in einem Hotel in der Nähe des Stettiner Bahnhofs abgestiegen war. Das Paar schien soeben erst in Berlin angekommen zu sein und war ohne Gepäck. Dietrich erkundigte sich im Hotel nach der Müllerstraße, nach Lichtenberg und nach Schöneberg. Er sagte, daß er an allen drei Stellen Geschäfte zu besorgen habe. Am nächsten Morgen bezahlte er die Rechnung und verließ mit seiner „Frau" das Hotel. Das Motorrad besaß er damals noch nicht. Es wird vermutet, daß er dieses gebrauchte Motorrad mit rotem Tank, einem ledernen Soziussitz und Rückenlehne irgendwo gestohlen hat, denn eine Stelle, wo er es gekauft hätte, ist bis jetzt nicht gefunden. Es ist auch festgestellt, daß er mit dem Rad nicht gut umzugehen verstand. Dietrich ist ein „schwerer Junge", der Einbrüche und andere Straftaten verübte und der den Kriminalbehörden schon länger bekannt ist. Wahrscheinlich hat er mit seiner Begleiterin um die Zeit des Bußtages herum größere Touren unternommen. Nicht ausgeschlossen ist, daß er nach dem Morde wieder nach Berlin gekommen ist, wo er Bekannte hat. Vielleicht hält er sich hier unter den Namen Schönberg, Schurich oder Kirsch in den Kreisen der Kuhmelker verborgen. Am 10. d. M., also bald nach dem festgestellten Aufenthalt in Berlin, soll er in Riesa gewesen sein.

Alle, die Dietrich allein oder mit dem Mädchen zusammen in Berlin gesehen und etwa mit ihm zu tun gehabt haben, werden gebeten, sich unverzüglich bei Kriminalrat Gennat, Mordinspektion A, im Polizeipräsidium zu melden, auch wer über die Herkunft des Mabecorades etwas mitteilen kann.

Vorführung der Hochschule für Leibesübungen.

Am Sonntag, 27. November, 11 Uhr, findet eine Vorführung der Deutschen Hochschule für Leibesübungen in der Städtischen Oper Charlottenburg, Bismarckstraße, statt. Veranstalter sind gemeinsam das Stadtamt für Leibesübungen Berlin und die Gesellschaft der Freunde der Deutschen Hochschule für Leibesübungen. Die Vielseitigkeit des Programms gibt ein Bild des umfangreichen Arbeitsgebietes der Hochschule; es zeigt auch den Weg, den die neuzeitliche Körpererziehung in ihrer Entwicklung eingeschlagen hat. Kartenverkauf ohne Aufschlag bei: Wertheim, Konzertkasse, Leipziger Straße; Haus S. Adam, Ecke Leipziger und Friedrichstraße; Städtische Oper Charlottenburg, Tageskasse; Rochlitz, Joachimsthaler Straße 6.

Fabrikbrand in Lichtenberg.

Gestern, kurz vor Mitternacht, kam in der großen Montagehalle der Eisenkonstruktionsfirma Hirsch in der Herzbergstraße 140 zu Lichtenberg ein größeres Feuer zum Ausbruch, mit dessen Bekämpfung die Feuerwehr mehrere Stunden beschäftigt war. Als der Wächter den Feuerschein bemerkte, stand ein Teil der auf der Galerie befindlichen Werkzeugmacherei und des angrenzenden Lagers in hellen Flammen. Beim Eintreffen der unter Leitung des Oberbranddirektors Gempp anrückenden Wehren hatte das Feuer bereits auf den Dachstuhl übergegriffen. Obgleich sich in der Wasserbeschaffung Schwierigkeiten ergaben – es mußten viele hundert Meter Schlauch gelegt werden –, gelang es, den Brandherd nach einstündiger Tätigkeit einzukreisen. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die Morgenstunden hin. Das Feuer soll angeblich durch einen Kurzschluß in der elektrischen Starkstromleitung entstanden sein, doch haben sich für diese Vermutung noch keine positiven Anhaltspunkte ergeben. Der Schaden beträgt etwa 25 000 M., ist jedoch voll durch Versicherung gedeckt.

Urteil im Werkspionage-Prozeß.

Schwere Strafen für Hahn und Kohl.

Stuttgart, 24. November. (Eigenbericht.)

Im Prozeß der Norma-Werke wurde am Mittwochabend das Urteil verkündet. Der Lichtpauser **Hahn wurde wegen fortgesetzten Diebstahls zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis, der Ingenieur Kohl wegen gewerbsmäßiger Hehlerei und unlauteren Wettbewerbs unter Versagung mildernder Umstände zu zwei Jahren fünf Monaten Zuchthaus** und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Beiden Verurteilten werden zwei Monate der Untersuchungshaft angerechnet. Kohl wird in der Urteilsbegründung wegen des Verkaufs von Zeichnungen und Tabellen an ausländische Konkurrenzfirmen als planmäßiger Schädling und wirtschaftlicher Hochverräter bezeichnet. Die von der Verteidigung gestellten Anträge auf Haftentlassung wurden abgelehnt.

Das Urteil im Prozeß Bischoffshausen.

In dem großen Bankbetrugsprozeß gegen die Inhaber und Angestellten des Bankhauses v. Bischoffshausen u. Co., Unter den Linden, der seit dem 4. November das Große Schöffengericht unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Dr. Wartenberger beschäftigte, wurde heute mittag das Urteil gesprochen. Die beiden Geschäftsinhaber wurden wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Betruges in Verbindung mit Depotunterschlagung und Vergehens gegen die Konkursordnung des Börsengesetzes verurteilt und zwar der Bankier Künzel zu 3 Jahren Gefängnis und der Kaufmann v. Bischoffshausen zu 2 Jahren Gefängnis. Die erlittene Untersuchungshaft wurde voll angerechnet. Beiden Angeklagten wurde für die zweite Hälfte der Strafe dreijährige Bewährungsfrist zugebilligt. Das Gericht hat beiden Angeklagten, die nicht vorbestraft sind, mildernde Umstände zugebilligt. Zwar haben die Angeklagten große Vorteile aus ihren strafbaren Handlungen gezogen und die Kunden um große Summen geschädigt. Bei den Geschädigten handelte es sich aber ausnahmslos um Leute, die mühelos große Börsengewinne erzielen wollten. Die Mitangeklagten Leon Sasse und v. Müller wurden von der Anklage der Beihilfe freigesprochen. Die beiden Verurteilten Künzel und v. Bischoffshausen legten gegen das Urteil des Schöffengerichts sofort Berufung ein.

Wieder zwölf Glätteunfälle. Im Laufe des heutigen Vormittags kamen infolge der Glätte wieder zwölf Passanten zu Fall, die die Hilfe der Städtischen Rettungsstellen in Anspruch nehmen mußten. Die Unfälle sind zum größten Teil auf mangelhafte Bestreuung der Bürgersteige mit abstumpfenden Mitteln zurückzuführen.

3000 Taschentücher gestohlen. Zeitgemäße Beute machten noch unbekannte Diebe vor dem Hauptpostamt in der Spandauer Straße. Sie stahlen dort zwei braune Vulkanfibrekoffer, die 3000 weiße und bunte, zu Dutzenden gepackte Taschentücher enthielten. Weil diese Sachen bei dem jetzt herrschenden Wetter sehr viel gebraucht werden, wird es ihnen leicht sein, sie im Straßenhandel abzusetzen. Vor dem Ankauf wird gewarnt. Die weißen Tücher sind mit Hohlsäumen geziert. Mitteilungen an die **Dienststelle C. 8 im Zimmer 54 des Polizeipräsidiums.**

Vor den einfahrenden Zug geworfen. Auf dem Bahnhof Schönhauser Allee spielte sich heute früh ein aufregender Vorfall ab. Von der Mitte des Bahnsteiges stürzte sich ein Mann vor die Lokomotive eines einfahrenden Stadtbahnzuges. Der Selbstmörder, ein 51jähriger Arbeiter Stanislaus Panek aus der Stralsunder Straße 8, dem der rechte Arm abgetrennt wurde, und der schwere Kopfverletzungen erlitten hatte, starb unter den Händen des alarmierten Bahnarztes. Das Motiv zu dem Verzweiflungsschritt ist unbekannt.

Zu unserer Besprechung der Uraufführung des Rotkreuz-Filmes „Die von der Sanitätskolonne" im heutigen Morgenblatt erhalten wir von der Herstellerfirma Gerpid-Film (Gertrud David) folgende Mitteilung: Frau David ist die Regisseurin des Films und hat daneben den von Herrn Direktor Borchert stammenden Manuskriptentwurf ergänzt und bearbeitet.

Genossenschaftlich organisierte Parteigenossen und -genossinnen, die zur 24. (Paul-Singer-Straße 14), zur 85. (Kustriner Platz 4) und zur 177. (Lange Straße 65) Warenabgabestelle der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend gehören, sind zur Teilnahme an einer wichtigen Zusammenkunft am Donnerstag, dem 24. November, abends 7½ Uhr, im Lokal von Kromphardt, Paul-Singer-Straße 47, eingeladen. Parteimitgliedsbuch legitimiert.

Wie steht's mit der Aussperrung?

Für die Unterstützung der Ausgesperrten wird gesorgt.

Dem „Tabak-Arbeiter", Organ des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, entnehmen wir: Nach zuverlässigen Schätzungen waren in der Zigarrenindustrie rund 125 000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt. Von diesen sind nach den Angaben, die bis Redaktionsschluß beim Deutschen Tabakarbeiterverband vorlagen, **rund 85 000 ausgesperrt worden.** Ungefähr ein Drittel aller Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenindustrie wird demnach weiterbeschäftigt, wobei nicht unbeachtet bleiben darf, daß in nicht wenigen Betrieben in allen Teilen Deutschlands bereits Lohnerhöhungen bewilligt worden sind. Der RDZ. wird also sein Ziel nicht erreichen. Als Erfolg wird ihm höchstens beschieden sein, daß ein Teil seiner weniger kapitalkräftigen Mitglieder, die im Gegensatz zu anderen dumm genug sind, die Beschlüsse des RDZ. restlos durchzuführen, unter die Räder kommen. Und weiter wird er als Erfolg buchen können, daß die Tabakarbeitergemeinden so an 35 000 unorganisierte Ausgesperrte zu unterstützen haben werden. Angesichts solcher „Erfolge" klingt es denn auch ein bißchen großspurig, wenn es am Schluß des Rundschreibens Nr. 35 der Bezirksgruppe Sachsen des RDZ. heißt:

Es heißt für die Industrie, die beschlossenen Maßnahmen mit aller Energie durchzuführen, denn je wuchtiger und bestimmter unser Schlag geführt wird, um so eher kann mit einem Zusammenbrechen der anderen Seite gerechnet werden.

Die Spekulation der Reichsverbändler läuft also darauf hinaus, daß die Zigarrenarbeiterinnen und -arbeiter unter der Hungerpeitsche der Aussperrung zusammenbrechen und damit auch ihre Organisationen. Den Ausgesperrten soll in ihrer verschlimmerten Notlage eingeflüstert werden, daß ihre Unternehmer, ihre „Brotherren" ja gar nicht so herzlos sind, daß sie, die Aussperrer, an der Aussperrung ganz schuldlos und nur dazu gezwungen seien durch die Schuld der — Tabakarbeiterverbände. Bei diesen liege die Schuld, bei ihren Verbänden müßten sie sich für die Aussperrung bedanken.

Auf diese im Großen wie im Kleinen betriebene Schwindelaktion wird die Zigarrenarbeiterschaft nicht hereinfallen. Auch der Einfältigste wird sich fragen, warum sind gerade wir ausgesperrt, deren Fabrikanten dem Reichsverbande angehören, während die Arbeiter der Nichtreichsverbändler nicht ausgesperrt sind.

Es wird dafür gesorgt werden, daß die Spekulation der Aussperrer elend scheitert und die Organisationen der Tabakarbeiter gestärkt aus diesem Kampfe hervorgehen.

Die Unterstützung der Ausgesperrten.

Zunächst ist es Sache der betroffenen Organisationen, ihre Mitglieder zu unterstützen. Das geschieht. Sobald die Aufbringung der erforderlichen Geldsummen über die Kräfte der Verbände hinausgeht, wird die Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft einspringen. Es bedarf keineswegs der „Aufmunterung" der ADGB.-Gewerkschaften durch die kommunistische Presse, um die Gewerkschaften zu veranlassen, ihre Pflicht zu erfüllen.

Die Unorganisierten werden zunächst freilich auf die Hilfe ihrer Gemeinde angewiesen sein.

Nun sind wir allerdings der Meinung, daß über die gewerkschaftliche Unterstützung hinaus noch ein weiteres zu geschehen hat, was die Eigenart dieses Kampfes erfordert.

Denn einmal handelt es sich um eine Arbeiterschicht, die trotz tariflich geregelter Lohnsätze schon bei voller Beschäftigung ein besonders elendes Dasein führt.

Dann aber ist die Aussperrung von bis jetzt **85 000** Arbeiterinnen und Arbeitern auf Grund des formell tarifwidrigen Verhaltens von kaum dreihundert Arbeitern eine in der Geschichte der Arbeitskämpfe in Deutschland so unerhörte Provokation der gesamten deutschen Arbeiterschaft, daß nichts unversucht bleiben darf, um diesen Anschlag gehörig zu parieren.

Hinzu kommt, daß das Weihnachtsfest vor der Tür steht und das den Kindern der Zigarrenarbeiterschaft zugedachte Hungerfest verhütet werden muß.

Darüber herrscht nur eine Meinung und der feste Wille, alles daranzusetzen, um den Ausgesperrten und ihren Familien zu helfen. Vorbereitungen dazu sind bereits nach verschiedenen Richtungen hin im Gange. Darüber wird nicht viel geredet, keine Reklame im IAH.-Stil gemacht, sondern gehandelt. Die KPD.-Zentrale kann sich also ihre Anwürfe ersparen, es wird kein politisches Extrageschäft für sie dabei herauskommen.

Streikarbeit im Siechenhaus.

F. F. **Gießen**, 23. November. (Eigenbericht.)

Der Reichsverband läßt sich vernehmen, mit einer Warenknappheit sei nicht zu rechnen, da die Geschäfte bis über Weihnachten eingedeckt und sogar in der Lage seien, dem gesteigerten Weihnachtsbedarf zu genügen. Mit den großen Zigarrenvorräten scheint es dennoch nicht weit her zu sein. Denn sonst wäre es kaum erklärlich, warum die Aussperrer sich so eifrig bemühen,

hintenherum

Sortierung und Versand aufrechtzuerhalten.

Im Bezirk Gießen gibt es eine ganze Anzahl von Zigarrenfabrikanten, die ihre Arbeiter ausgesperrt haben, aber trotzdem diesen Streik der Unternehmer gegen die Arbeiter brechen. **Heimlich lassen sie durch Werkmeister, Bureaupersonal und Kriegsbeschädigte die fertigen Waren sortieren,** verpacken und zum Versand bereit machen.

Die Firma **Gg. Ph. Gall** hat die Werkmeister aus ihren auswärtigen Filialen nach Gießen beordert und versucht hier den Versand notdürftig aufrechtzuerhalten. Das gleiche versucht **S. Bock u. Co.** mit Kriegsbeschädigten und Zeitlohnarbeitern. **J. B. Noll** beschäftigt im Gießener Betrieb Bereiser und Packer, ebenso die Firmen **Georg**, Gießen, und **Wilh. Mayer** in Wieseck.

Das tollste Stück leistet sich aber die Firma **Gg. Hch. Schirmer** in Gießen, deren Chef **Vorsitzender der Bezirksgruppe** Gießen des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller ist. Er beschäftigt nicht nur Heimarbeiter, sondern

er läßt seit Beginn der Aussperrung im Siechenhaus Streikarbeit machen.

Die Direktion des Siechenhauses (Kreispflegeanstalt Gießen) hat dazu ihre Genehmigung erteilt. Die hessische Landesregierung wird davon wohl keine Kenntnis haben, denn es ist nicht anzunehmen, daß sie es billigt, wenn eine staatliche Pflegeanstalt zugunsten der Unternehmer in einen Wirtschaftskampf eingreift. Die Akkordsätze für Zigarrenarbeit sind an sich schon ganz außerordentlich niedrig. Aber dem Bezirksvorsitzenden des RDZ. doch immer noch zu hoch. Er bezahlt deshalb die Streikarbeit im Siechenhaus weit unter Tarif. Die Pfleglinge des Siechenhauses bekamen Brasiltabak und großblättrigen Tabak zum Entrippen.

Der **Tariflohn** für Brasiltabak ist . . . $15\frac{1}{2}$ Pfg. pro Pfd.
„ großblättrigen Tabak 10 „ „ „

Für die Streikarbeit im Siechenhaus werden aber nur bezahlt:
Für Brasiltabak . . . . . 9 Pfg. pro Pfund
Für großblättrigen Tabak . $5\frac{1}{2}$ „ „ „

Kein Wunder also, daß die Pfleglinge des Siechenhauses pro Kopf und Woche nur 1,43 M. verdienten. Wenn man auch berücksichtigt, daß es sich hier um keine vollarbeitsfähigen Menschen handelt, so steht doch fest,

daß im Siechenhaus täglich sieben bis acht Stunden Tabak entrippt wird.

Eine jämmerliche Bezahlung selbst für Streikarbeit! Was sagt der Berliner Hauptvorstand des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller zu seinem famosen Bezirksvorsitzenden in Gießen?

Zu einer besonders unerhörten Maßnahme hat die Firma J. B. Noll in Wieseck gegriffen. Ihre Arbeiter haben acht Tage vor Ablauf der Kündigung bereits die Arbeit niedergelegt. Darauf hat die Firma am Lohntag

bis zu vier Tagen Lohn zurückbehalten!

Bis heute sind diese Lohnrückstände nicht ausbezahlt. Die Mutter einer sechzehnjährigen Arbeiterin, eine Witwe mit vier Kindern, befindet sich in besonderer Notlage und ging deshalb in die Fabrik, den rückständigen Lohn für ihre Tochter zu fordern. Man schickte sie nach Gießen ins Hauptbureau. Als sie dort den Lohn verlangte, wurde ihr vom Prokuristen erklärt, sie möge zu den organisierten Arbeiterinnen gehen, die ihre Tochter zur Arbeitsniederlegung verführt hätten! **Der Lohn wurde der armen Witwe nicht ausbezahlt!**

Mit solchen brutalen Willkürmaßnahmen wollen die Zigarrenbarone ihre Arbeiter auf die Knie zwingen. Die Wirkung dieser Brutalitäten ist aber stets anders, als die Fabrikanten erwarten. Jetzt sehen die Zigarrenarbeiter mit aller Deutlichkeit, daß sie nur durch eine geschlossene Organisation gegen die Unternehmer etwas vermögen.

Die Angestellten der Dresdner Bank.

Sie fordern eine Wirtschaftsbeihilfe.

Der Betriebsrat der Dresdner Bank hatte nach den Sophiensälen eine Betriebsversammlung einberufen, die trotz der Sabotage des Deutschen Bankbeamtenvereins sehr gut besucht war. Genosse Emonts vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten entrollte ein Bild von der schweren Notlage der Bankangestellten, die in angestrengter Arbeit für die Bankgewaltigen Riesengewinne schaffen helfen, selbst aber knapp das notwendigste zum Leben verdienen

Es räche sich jetzt bitter die Tarifpolitik des Deutschen Bankbeamtenvereins, durch die die Bankangestellten bis zum 31. März 1928 gezwungen sind, zu Elendsgehältern zu arbeiten. Es ist gut, daß wenigstens jetzt nicht nur die unteren, sondern auch die oberen Bankangestellten einzusehen beginnen, wie berechtigt im Frühjahr die Warnungen des Allgemeinen Verbandes vor dem Abschluß eines so langfristigen Tarifvertrages waren.

Es soll keineswegs eine Spitze gegen die Staatsbeamten sein, wenn festgestellt werden muß, daß die Gehälter der Bankangestellten mit keinem Gehalt eines ebenbürtigen Beamten vergleichbar sind. Es ist aber unbestreitbare Tatsache, daß z. B. ein junger gewerblicher Bankangestellter im Gehalt etwa mit dem staatlichen Wald- und Wiesenhüter oder Brückenwärter gleichsteht. Es ist weiter Tatsache, daß der höchstbezahlte Bankangestellte ein geringeres Einkommen hat als ein Registrator im Reichsarbeitsministerium.

Wenn der Deutsche Bankbeamtenverein sich dennoch dazu hergibt, die Geschäfte der Bankiers zu besorgen und die Schritte der übrigen Bankangestelltenorganisationen zur Linderung der Notlage der Bankangestellten zu sabotieren, ist das mehr als beschämend.

Der Allgemeine Verband der Bankangestellten hat von den Banken die Zahlung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe an alle Bankangestellten gefordert und die Betriebsräte ersucht, diese Forderung bei den Bankleitungen mit allem Nachdruck zu vertreten. Diese Forderung wird aber nur verwirklicht werden können, wenn sie von allen Bankangestellten tatkräftig unterstützt wird. Die Bankangestellten müssen sich endlich darüber klar werden, daß mit Petitionen von den Bankgewaltigen nichts zu erreichen ist, sondern nur durch geschlossenes organisatorisches Auftreten.

Der Vertreter des DHV. kritisierte ebenfalls scharf das Verhalten des Deutschen Bankbeamtenvereins und stimmte im übrigen mit dem Vorgehen des Allgemeinen Verbandes überein.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde der Betriebsrat beauftragt, mit der Direktion der Dresdner Bank wegen der Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe zu verhandeln und in einer neuen Versammlung über das Ergebnis dieser Verhandlungen zu berichten.

In der Entschließung wird die Erwartung ausgesprochen, daß sich die Direktion der berechtigten Forderung ihrer Angestellten nicht verschließt und sich auch beim Reichsverband der Bankleitungen dafür einsetzt, daß alle Banken ihren Angestellten eine Wirtschaftsbeihilfe zahlen sollen.

In einer weiteren ebenfalls einstimmig angenommenen Entschließung wird gegen die Sabotage der Versammlung durch den Deutschen Bankbeamtenverein protestiert und den bei der Dresdner Bank beschäftigten Angestellten empfohlen, aus diesem Verhalten die Konsequenzen zu ziehen.

Die Fleischer holen auf.

Einen erfreulichen Fortschritt hat auch der Zentralverband der Fleischer gemacht. Obwohl die Fleischer unter einer ebenso hartnäckigen wie schweren Arbeitslosigkeit leiden, hat der Verband seine Mitgliederzahl ständig und erheblich steigern können. Von 12 818 Mitglieder Ende 1925 stieg der Verband auf 14 018 Mitglieder Ende 1926 und schloß das 3. Quartal 1927 mit 15 490 Mitgliedern ab.

Weitere Wahlergebnisse.

Dem Reichswahlausschuß der freien Angestelltenverbände liegen neben den bereits veröffentlichten Wahlergebnissen weitere Ergebnisse aus nachstehenden 35 Wahlkreisen vor: Dortmund-Land, Hamm-Stadt, Wesermünde, Solingen-Stadt, Bad Homburg, Neuenburg, Bottrop, Bremerhaven, Merane, Rendsburg, Husum, Bordesholm, Eckernförde, Kahla-Land, Stendal-Stadt, Borna-Land, Aschersleben, Neiße-Stadt, Ratibor, Konstanz, Wetzlar-Stadt, Tangermünde, Oranienburg, Westhavelland, Wismar-Mecklenburg, Magdeburg, Bautzen-Stadt, Swinemünde, Altona, Cöthen (Anhalt), Bernburg, Goslar-Stadt, Ziegenhain, Hann.-Minden-Stadt, Kassel-Stadt.

Insgesamt haben in den bisher veröffentlichten 250 Wahlkreisen an Stimmen erhalten: **Allgemeiner freier Angestelltenbund 169 988**, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 143 190, Gewerkschaftsbund der Angestellten 137 873, sonstige Hauptausschußverbände 35 648, 17 Frauenberufsverbände 56 089 Stimmen.

Der Saarhüttenstreik beendet!

Die Unternehmer stimmen dem Schiedsspruch zu.

Saarbrücken, 24. November.

Die Regierungskommission hat den Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen mitgeteilt, daß es ihr gelungen sei, die Arbeitgeber zur Annahme des Schiedsspruchs zu bewegen.

Da der Streik von den Organisationen nur die Durchführung des Schiedsspruchs zum Ziel hatte, so fällt mit seiner Annahme durch die Arbeitgeber der Grund zur Fortführung des Streiks fort und die Organisationen haben ihren Mitgliedern die Aufnahme der Arbeit empfohlen.

Dieser Entschluß kann um so leichter ausgeführt werden, als Maßregelungen wegen des Streiks nicht erfolgen werden.

Bei der Firma Idealwerke A.-G. für drahtlose Telephonie in Berlin, Köpenicker Str. 10a, streiken seit heute früh wegen Lohndifferenzen etwa 450 Arbeiter. Der Betrieb ruht.

Gesperrte Gastwirtsbetriebe. Wegen Tarifbruch und Nichtbenutzung des öffentlichen Arbeitsnachweises werden hierdurch folgende Gastwirtsbetriebe für die Mitglieder unseres Verbandes gesperrt: Norden: Restaurant Inh. Fritz Marcks, Chausseestr. 2; Mokka-Diele, Inh. Petrick, Neue Königstr. 4. Osten, Lichtenberg: Café Leitmeier, Frankfurter Allee Ecke Petersburger Straße; Café Komet, Inh. Hoffmann, Warschauer Str. 33; Café Höferl, Große Frankfurter Str. 36 (Strausberger Platz); Dampfer der Reederei Rahling und der Stern-A.-G. Süden, Neukölln: Café Jagenburg, Hasenheide; Orpheum, Inh. Oehlke, Hasenheide; Zum Heidereiter, Inh. Pfund, Hasenheide Ecke Camphausenstraße; Zum Schultheiß-Patzenhofer, Kottbusser Damm 62, Inh. Kremzow; Germania-Palast, Belle-Alliance-Str. 65. Wilmersdorf: Viktoria-Säle, Wilhelmsaue. Friedrichshagen: Gesellschaftshaus, Inh. Wwe. Schröder, St. Hubertus, Inh. Maus; Café Mignon, Friedrichstraße; Restaurant Büttner, Friedrichstraße.

Die Differenzen wurden beigelegt und **die Sperre aufgehoben** für die Betriebe: Inh. Raband, Elsasser Str. 11 und 16, Rügener Straße 14; Restaurant Zum Steinacker, Seestr. 44; Schultheiß-Patzenhofer, Chausseestr. 64; Potsdamer Bierhallen, Königgrätzer Str. 71.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Frisch geschlachtete junge, prachtvolle
Gänse 1.10
einzig i. Geschmack 9 bis 14 Pfd. schwer.
Wagner, Berlin SO, Mariannenstraße 34 im Gänsekeller.

Fleisch- und Wurstwaren-Verkauf
Billig und gut **Thaerstr. 40** Billig und gut
geöffnet von 8–3 Uhr, Freitags und Sonnabends 8–7 Uhr
Schönhauser Allee 33 geöffnet von 8–1, 4–7 Uhr

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 23,–
Auch in Ratenzahlung
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Sortiment)
und sämtl. Vorwärts-Ausgabestellen

MASS-
Anzüge, Paletots, Mäntel
aus la deutschen u. engl. Stoffen von 125.– an, unter Garantie für tadellosen Sitz und Verarbeitung
Auf Wunsch Zahlungserleichterung
MODENHAUS
MULLERSTR. 141
U-Bahn Seestraße

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren Dickmann A.-G., W 57
Wochenendhäuser – Prospekte gratis
Wald- u. Wasserparzellen-Nachweis

Küchen
noch zum alten Preis

„Erika"-Küche	43 M	75 M
[illegible] „Hansa"	65 M	115 M
[illegible] „Luise"	105 M	155 M
[illegible] „Albert"	135 M	185 M
[illegible] 52 cm	43 M	55 M

Ausstellung feiner Rheinischer Küchen.
Küchenmöbel-Haus
Laserstein, Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstr. nahe Moritzplatz

Kenner
kaufen
Schokoladen
Pralinen
Tee
Kakao
Kaffee
Honigkuchen
sowie alle Weihnachtsartikel am preiswertesten und billigsten bei
Schokoladen-Bunde
Adalbertstr. 1 am Kottbusser Tor
Prinzenstr. 35, Ecke Dresdener Str.

Der **gute Kapitän-Kautabak** ist in den meisten Zigarrengeschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22. Kgst. 3961

Herrenkleider-Fabrik
gibt bis auf weiteres **Anzüge, Ulster, Paletots** zu Fabrikpreisen ab. Bitte, überzeugen Sie sich.
Kaiser-Wilhelm-Straße 24, I Tr.